



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Volkshochschul-Verband

Stand vom 16.06.2025 17:31:07 bis 17.12.2025 13:27:23

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002443
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	16.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Königswinterer Str. 552 b 53227 Bonn Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +492289756910 E-Mail-Adressen: info@dvv-vhs.de Webseiten: www.volkshochschule.de</p>
Hauptstadtrepräsentanz:	<p>Luisenstraße 45 10117 Berlin</p> <p>Telefonnummer: +492289756910 E-Mail-Adresse: info@dvv-vhs.de</p>
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

450.001 bis 460.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,82

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Martin Rabanus

Funktion: Vorsitzender

Tätigkeit:

Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Susanne Deß M.A.

Funktion: stellvertretende Vorsitzende

3. Winfried Krüger

Funktion: stellvertretender Vorsitzender

Braute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):

1. Gundula Frieling

2. Esther Hirsch

3. Friedrich Meyer zu Schwabedissen

4. Sascha Rex

5. Annegret Kramp-Karrenbauer

Tätigkeit bis 12/21:

Bundesminister/-in

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

6. Dr. Ernst Dieter Rossmann

Tätigkeit bis 10/21:

Mitglied des Deutschen Bundestages

7. Uwe Gartenschlaeger

8. Julia von Westerholt

9. Katinka Bartl

10. Christina Bellmann

11. Martin Rabanus

Tätigkeit:

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gesamtzahl der Mitglieder:

16 Mitglieder am 15.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (19):

1. Bundesausschuss politische Bildung
2. Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V.
3. Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.
4. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V.
5. Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland e.V.
6. Rat der Weiterbildung - KAW
7. Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.
8. Deutscher Weiterbildungstag
9. Deutscher Kulturrat
10. Verein zur Förderung der Beruflichen Bildung an Volkshochschulen e.V.
11. Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V.
12. European Basic Skills Network
13. Nationales Forum Beratung in der Bildung, Beruf und Beschäftigung e.V.
14. Verband Österreichischer Volkshochschulen
15. International Language Work
16. International Council for Adult Education
17. Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe
18. European Association for the Education of Adults
19. Gesellschaft für Evaluation e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**Interessen- und Vorhabenbereiche (26):**

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Seniorenpolitik; Gesundheitsförderung; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Kultur; Digitalisierung; Integration; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Rente/Alterssicherung; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zweck des Vereins ist die Förderung der Weiterbildung und der Bildungsarbeit in den Volkshochschulen sowie die Interessenvertretung seiner Mitglieder und der Volkshochschulen auf Bundes-, der europäischen und der internationalen Ebene.

Grundlagen die Arbeit sind die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Verbandes und externen Akteurinnen und Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Mit Hilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale von Volkshochschulen und machen Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung von Volkshochschulen.

Es werden Veranstaltungen organisiert, aber auch unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten erstellt und an Abgeordnete sowie die Bundesregierung übermittelt. Daraus folgen Hintergrundgespräche mit einzelnen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Absicherung der Umsatzsteuerbefreiung von Volkshochschulen im Umsatzsteuergesetz

Beschreibung:

Die Interessenvertretung betrifft die Umsatzsteuerbefreiung für gemeinwohlorientierte Bildungsleistungen, wie sie im Regierungsentwurf des Jahressteuergesetzes 2024 (JStG 2024) vorgesehen ist. Ziel der Interessenvertretung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V. (DVV) ist es, sicherzustellen, dass die Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 22a UStG für vhs-Kursangebote weiterhin europarechtskonform bestehen bleibt. Zudem soll durch eine ergänzende Erläuterung in der Gesetzesbegründung das Zusammenspiel des § 4 Nr. 22a UStG mit § 4 Nr. 21 UStG präzisiert und die Anwendung der Befreiungsvorschriften langfristig praktikabel gestaltet werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13419 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 20/12780, 20/13157, 20/13328 Nr. 11 - Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Gesine Lötzsch, Christian Görke, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke - Drucksache 20/12109 - Eine starke neue Wohngemeinnützigkeit als nicht-profitorientierten Sektor auf dem Wohnungsmarkt einführen

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

- SG2405230030 (PDF - 1 Seite)**

Adressatenkreis:

Versendet am 23.05.2024 an:

BundesregierungBundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Versendet am 23.05.2024 an:

BundestagMitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]2. **SG2410290008** (PDF - 1 Seite)**Adressatenkreis:**

Versendet am 19.07.2024 an:

BundestagMitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]**Bundesregierung**Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]3. **SG2502120021** (PDF - 3 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 07.02.2025 an:

BundestagMitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]**Bundesregierung**Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]2. **Demokratiefördergesetz: Gesetzliche Grundlage zur Förderung politischer Erwachsenenbildung durch den Bund****Beschreibung:**

Das Regelungsvorhaben betrifft den Entwurf eines Demokratiefördergesetzes (DFördG), das Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung als dauerhafte gesellschaftliche Aufgaben etablieren soll. Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) setzt sich dafür ein, dass politische Erwachsenenbildung klar als eigenständiges Handlungsfeld auf Bundesebene im Gesetz verankert und somit förderfähig wird. Ziel der Interessenvertretung ist es, die gesetzliche Grundlage für die altersunabhängige Förderung politischer Bildung zu schaffen.

Bundestags-Drucksachennummer:BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Fortsetzung der AlphaDekade

Beschreibung:

Der DVV macht sich als Partner im Kuratorium stark für eine Fortsetzung der Alpha Dekade über das Jahr 2026 hinaus. Zielsetzungen sind:

- Alphabetisierung und Grundbildung (AuG) in Deutschland verlässlich fördern
- AuG als Daueraufgaben im Bildungssystem verankern
- entstandene Bildungsstrukturen, Partnerschaften und Vernetzungen stärken
- Forschung-Praxis-Dialog ausweiten und intensivieren
- Ansätze aufsuchender Alphabetisierung und Grundbildung etablieren
- mit "höher, breiter, integrativer" neue Zielgruppen ansprechen, ein breiteres Feld von Grundbildung aufbauen und Erst- und Zweitsprachler*innen gleichermaßen als Zielgruppen ansprechen
- Beitrag zur Fach- und Arbeitskräftegewinnung leisten
- AuG als Bestandteil von Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt etablieren

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/8200 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zweiter Bericht der Bundesregierung über die Fortschritte der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016 bis 2026 - (Fortschrittsbericht 2019 bis 2022)

Zuständiges Ministerium: [BMBF \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Einführung einer Bildungs(teil)zeit und eines Qualifizierungsgeldes zur Förderung der allgemeinen Weiterbildung

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben betrifft den Entwurf eines Weiterbildungsgesetzes, das Maßnahmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie die Einführung einer Bildungs(teil)zeit und eines Qualifizierungsgeldes vorsieht. Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) setzt sich dafür ein, dass allgemeine Weiterbildung als fester Bestandteil in diese Vorhaben integriert wird. Ziel der Interessenvertretung ist es auch, Angebote zur Grundbildung sowie berufsbezogene Sprachkurse in die Fördermöglichkeiten einzubeziehen.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/6518 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung

Zuständiges Ministerium: [BMAS](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Reformbedarf des Gesamtprogramms Sprache des Bundes

Beschreibung:

Die Interessenvertretung bezieht sich auf geplante Änderungen der Integrationskursverordnung (IntV), die insb. Kursarten für spezifische Zielgruppen (z.B. Eltern-, Frauen- und Jugendintegrationskurse), die Fahrtkostenerstattung für Teilnehmende in ländlichen Gebieten, die Möglichkeit zur Wiederholung von Kursmodulen sowie die Bedingungen für die Teilnahmeberechtigung betreffen. Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) zielt darauf ab, im Interesse der Träger und Teilnehmenden Einfluss darauf zu nehmen, dass diese bestehenden Regelungen unverändert beibehalten oder ggf. bedarfsgerecht angepasst werden, um integrative, pädagogische und organisatorische Standards sicherzustellen und zu vermeiden, dass rein wirtschaftliche Einsparungen das Gesamtprogramm Sprache inhaltlich gefährden.

Referentenentwurf:

Fünfte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 10.10.2024

Federführendes Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

IntV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu];

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2410290009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (10):

1. Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 5.540.001 bis 5.550.000 Euro

"Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" (2023-2025) Förderung von außerschulischen Maßnahmen. Hier "talentCAMPus mit begleitender Elternbildung"

2. Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 5.130.001 bis 5.140.000 Euro

diverse Projektförderung im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung

Lernen und Professionalisierung online: Redaktioneller Content, Tutoring, Apps,

Lernstandszertifizierung (LernPORTAL)

Alphabetisierung und Grundbildung - Neue Einsatzfelder für das Ehrenamt

InSole Transfer

vhs-Lerntreffs im Quartier

3. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 960.001 bis 970.000 Euro

Zentralstelle im Kinder- und Jugendplan

Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt

4. Auswärtiges Amt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 1.550.001 bis 1.560.000 Euro

diverse Projektförderungen des Auswärtigen Amtes

5. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 16.430.001 bis 16.440.000 Euro

diverse Projektförderung auf Grundlage der Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen der Gesellschafts- und Sozialstrukturpolitik aus Kapitel 2302 Titel 687 03, 687 04 und 687 12

6. Engagement Global

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

7. Europäische Kommission

Europäische Union

diverse

Betrag: 1.270.001 bis 1.280.000 Euro

diverse Projektförderungen der EU

8. Gesellschaft für Integration und Zusammenarbeit

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 710.001 bis 720.000 Euro

diverse Projektförderungen der Gesellschaft für Integration und Zusammenarbeit

9. Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 560.001 bis 570.000 Euro

Projektförderung im Rahmen des Innovationswettbewerbs INVITE: KUPPEL

Projektförderung im Rahmen der Nationalen Bildungsplattform: EVA-NBP II

10. Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Projektförderung eLeNA / Länderübergreifende Nachhaltigkeitsallianzen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

630.001 bis 640.000 Euro

Beitragzahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. Volkshochschulverband Baden-Württemberg e.V.
2. Bayerischer Volkshochschulverband e.V.
3. Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[DVV-DVV-I-Jahresabschluss-24.pdf](#)